



Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-
Württemberg

📅 08.03.2021

ATOMAUSSTIEG

Rückbau an den Kernkraftwerks-Standorten endgültig gewährleistet



📷 Artis/EnBW Kernkraft GmbH

Umweltminister Franz Untersteller: „Mit der Inbetriebnahme der Reststoffbearbeitungszentren haben wir einen wichtigen Meilenstein beim Abbau der Kernkraftwerke im Land erreicht“

Knapp Zwei Jahre bevor das letzte Kernkraftwerk in Baden-Württemberg Ende 2022 endgültig

Anlagen in Betrieb, die wir für einen zügigen und sicheren Rückbau der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg benötigen. Das ist ein wichtiger Meilenstein beim Abbau der Kernkraftwerke im Land und macht Baden-Württemberg zu einem bundesweiten Vorreiter in Sachen Rückbau“, sagte Umweltminister Franz Untersteller in Stuttgart.

Sicherheit steht an erster Stelle

„Selbstverständlich werden wir bei den Tätigkeiten in den neuen Anlagen weiterhin genau hinsehen. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg steht an erster Stelle“, so Untersteller weiter. Vor dem Reststoffbearbeitungszentrum in Philippsburg waren bereits die beiden Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Betrieb genommen worden: im April 2020 das Standortabfalllager am Standort Philippsburg und im Dezember 2020 am Standort Neckarwestheim. Das Reststoffbearbeitungszentrum am Standort Neckarwestheim wird seit vergangener Woche betrieben.

Bearbeitung der Reststoffe an den Standorten

Der Rückbau der Kernkraftwerke kann nun zügig fortgesetzt werden. In den Reststoffbearbeitungszentren erfolgt die Bearbeitung der Reststoffe, die beim Rückbau der Kernkraft anfallen. Dabei werden die Bestandteile, die als radioaktive Abfälle entsorgt werden müssen, von denen, die entsprechend der gesetzlichen Vorgaben als freigemessene Abfälle deponiert werden können, getrennt. Am Ende dieses Prozesses stehen Gebinde, die bis zum Transport in ein Bundesendlager in den neuen Standortabfalllagern in Neckarwestheim und Philippsburg unter hohen Sicherheitsstandards zwischengelagert werden.

Bundesregierung in der Verantwortung, Endlager Konrad bis 2027 in Betrieb zunehmen

„Zwar verbleiben durch die vier neuen Anlagen die Reststoffe vorerst an den Standorten. Jedoch verringern wir die Menge der zahlreichen Nukleartransporte, da sich mit der Bearbeitung vorort das Volumen der endzulagernden Abfälle reduziert. Diese Transporte sind eine große Belastung der angrenzenden Gemeinden, die wir somit verringern können“, betonte der Umweltminister. In diesem Zusammenhang richtet Franz Untersteller einen Appell nach Berlin: „Der Bund steht in der Verantwortung das Endlager Konrad bis 2027 in Betrieb zu nehmen und damit unsere Standortgemeinden zu entlasten. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig.“

Weitere Informationen

Die Reststoffbearbeitungszentren werden von der Gesellschaft für nukleares Reststoffrecycling (GNR), einer 100 Prozent Tochter der EnBW, betrieben. Die Standortabfalllager wurden durch die Energie Baden-Württemberg Kernkraft GmbH (EnKK) errichtet und sind nach der Inbetriebnahme an die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) übergeben worden. Die Standortabfalllager wurden durch die BGZ umbenannt und heißen jetzt Abfall-Zwischenlager Philippsburg und Abfall-Zwischenlager

Neckarwestheim. Die BGZ betreibt bundesweit alle Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie für die Brennelemente.

[Rückbau - Zwischenlagerung - Entsorgung](#)